

Die Identitäten des Populismus

Die Politisierung der Kultur und der neue Kampf der Kulturen

Jörn Knobloch

Einleitung: Die zirkuläre Entdeckung der Kultur

Die Kultur und deren Entdeckung für die politische Analyse der Gesellschaft nimmt in der Politikwissenschaft die Form eines Zirkels an. Einer Phase, in der die Selbstverständlichkeit der Kultur für die Politik und ihre wissenschaftliche Analyse zweifellos anerkannt wird, folgt ein Prozess des gegenseitigen Entfremdens, der von der Proklamation der absoluten Inkongruenz abgeschlossen wird. Dann folgt die gegenseitige »Wiederentdeckung« von Kultur und Politik mit der unvermeidlichen Wiedervereinigung beider Perspektiven. Dies hat natürlich Einfluss auf die Politische Kulturforschung, die je nach dem Status der Beziehung von Politik und Kultur vom Rand in das Zentrum und auch wieder zurück an den Rand politikwissenschaftlicher Forschung wandert.¹ In jüngster Zeit erleben wir in Folge des »cultural turn« (Bachmann-Medick 2009) eine erneute Rückkehr der zuvor verdrängten Kultur in die Politikwissenschaft und insbesondere in die Politische Theorie (vgl. Knobloch 2016). Dabei ist jedoch zu beachten, dass diese Dynamik sowohl aus einer wissenschaftsinternen Nachfrage nach neuen Kategorien zur Erklärung politischer Phänomene bzw. zum Verständnis sozialer Strukturen als auch aus der wissenschaftsexternen Genese neuer Begriffe des gesellschaftlichen Selbstverständnisses herrührt. Beides interagiert, dennoch war der »cultural turn« hauptsächlich das Ergebnis eines rein wissenschaftlichen Diskurses zu einem Paradigmenwechsel. In des gewinnt augenblicklich die Kultur an neuer Aufmerksamkeit, weil sie nunmehr

1 Eine erste Verschiebung kann mit der Entstehung des neuzeitlichen Rationalismus konstatiert werden. Insbesondere Webers Differenzierung von wertenden und objektiven Aussagen und die Vorstellung von einer nicht wertenden Sozialwissenschaft haben die Kultur an den Rand gedrängt. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gab es gleich zwei Ansätze, den der politischen Kultur von Almond und Verba sowie die neue Wissenschaft der Politik von Voegelin, Kultur wieder zum Gegenstand und zur Perspektive der Politikwissenschaft zu machen (vgl. Schwellung 2004).

gesellschaftlich politisiert wird. Hat der ›cultural turn‹ die Kategorie der Kultur der Politikwissenschaft noch rein theoretisch einer gegenüber externen Angeboten offenen Theorie- und Konzeptdiskussion aufgedrängt,² wird die Kultur jetzt selber politisch. Demzufolge handelt sich auch nicht um eine empirische Herausforderung im Sinne einer Erschließung von Kultur als Variable zur Erklärung unterschiedlicher Herrschaftsaffinitäten von Ländern, auf die einst Almond und Verba reagiert haben. Dieses Mal erfolgt die Rückkehr der Kultur als polarisierender Begriff innerhalb eines politischen Konflikts der liberalen Demokratien. Sowohl die Positionierungen in den Diskussionen über den neuen Populismus als auch die Auseinandersetzungen um Migration und der Streit über den Umgang mit dem radikalen Islam argumentieren mit dem Kulturbegriff, der Differenzierungen ermöglicht. Indem die Kultur wieder zum Motor und Fixpunkt politischer und sozialer Konflikte wird, gerät auch die These Huntingtons zum Clash der Kulturen erneut in den Fokus.³ Es wird aber klar, dass die aktuelle Polarisierung in den Konflikten nicht nur, wie es Huntington noch angenommen hat, zwischen den großen Zivilisationen stattfindet, sondern die westlichen Gesellschaften intern spaltet. Damit gewinnt die politikwissenschaftliche Kulturforschung einen völlig neuen Status, der sie konzeptuell herausfordert.

Im Folgenden möchte ich auf diese Herausforderung reagieren und den neuen Kampf der Kulturen aus der Perspektive der politischen Kulturforschung aufklären. Die Herausforderung sehe ich insbesondere in dem ambivalenten Begriff der Kultur. Um ihn als theoretische und empirische Kategorie zu systematisieren und für die politische Analyse der Gegenwart fruchtbar zu machen, sind sukzessive seine Dimensionen zu entfalten. Ausgehend von der Aktualität des neuen Populismus werde ich zunächst diesen Ansatz kritisch diskutieren und zeigen, dass es notwendig ist, auf die dahinterstehenden Spannungen zwischen unterschiedlichen normativen Leitideen einzugehen. Anschließend identifiziere ich zwei divergierende identitätspolitische Ansätze als diese polarisierenden Leitideen. Die Ursache für deren Divergenz ist ein differenziertes Verständnis von Kultur, welches einerseits als Leitidee fungiert, andererseits aber schon einen Ordnungsbegriff darstellt. Daraus entwickelt sich der neue Kulturkampf, der zu einem bestimmenden Konflikt der Gegenwart avanciert. Im letzten Teil werde ich den Beitrag der politischen Kulturforschung für die Aufklärung und Entschärfung dieses Konfliktes erläutern. Dafür ist es aber unabdingbar, dass detailliert zwischen den angewandten Kulturbegriffen unterschieden wird, um deren scheinbare Inkommensurabilität zu über-

2 Welche die scheinbar *theoriearme* Politische Theorie begierig aufzunehmen bereit ist (vgl. Göhler et al. 2009: 398f.).

3 Mit dem Erscheinen des Aufsatzes bzw. des Buchs von Huntington (1996) begann eine rege Diskussion über die ihm unterstellte normative Intention des Ansatzes. Das analytische Potential stand hier aber weniger im Fokus der Auseinandersetzung.

winden. Genau in dieser Leistung, so die grundlegende These dieses Beitrages, liegt die Aufgabe für die politische Kulturforschung der Gegenwart, die von keiner anderen politikwissenschaftlichen Subdisziplin übernommen werden kann.

Die Popularität des Populismus

Durch die jüngsten politischen Ereignisse in den etablierten liberalen Demokratien ist der Populismus von einer Krisenranderscheinung zu einer der zentralen Herausforderungen der politischen Stabilität geworden (vgl. Priester 2007, 2012; Knöbl 2016; Inglehart/Norris 2016; Moffitt 2016; Müller 2016; Decker/Lewandowski 2017; Sauer 2017). Es ist vor allem das Infragestellen stabiler Erwartungen, die für Aufregung sorgen. Die Wahl Trumps, die Ablehnung des EU-Integrationsprozesses in Großbritannien, die Aufkündigung des Konsenses zur Flüchtlingspolitik in der EU, die Erfolge von Parteien in Europa, die sich bewusst von den Inhalten und Positionen der Mitte distanzieren usw. projizieren das Moment der Instabilität und die Möglichkeiten undemokratischer Entwicklungen in die traditionellen liberalen Ruhepole. Ein Merkmal dieser Veränderungen ist die neue Spaltung des Demos, wobei die Spaltung nicht mehr mit den klassischen Cleavages umrissen und erklärt werden kann. Und solange die neuen Konfliktlinien nicht deutlicher beschrieben werden, was eine Nivellierung der bisher gültigen Strukturierung der politischen Ordnung bedeutet, wird als Verlegenheitslösung zur Interpretation das Konzept des Populismus angewendet. Dieses konstatiert eine Spaltung zwischen dem Volk und den Eliten auf der Basis einer sehr einfachen Ideologie (Mudde 2007: 23). Fast unmerklich hat dieser konzeptuelle Zugriff auf die Wirklichkeit erfolgreich ältere Debatten zur Postdemokratie oder zur Krise der Demokratie verdrängt.⁴ Infolgedessen stellt sich die Frage nach den Gründen dieser Verdrängung und also nach der Popularität des Populismus.

In der jüngsten politikwissenschaftlichen Instrumentalisierung des Populismus lassen sich zwei Strategien erkennen: Während die erste Strategie die Existenz des Populismus skandalisiert, stellt die zweite Strategie sein Auftreten als Novum heraus, wobei beide zu einer »Exotisierung des Populismus« (Knöbl 2016: 8) beitragen. Die Skandalisierung erfolgt durch die normative Differenzierung zwischen einem demokratischen Normalzustand und einem Populismus, der an diesem quasi natürlichen Zustand rüttelt und ein Tabu bricht. Der Populismus dient zur normativen Positionsbestimmung, um zwischen Demokratie und Nicht-Demokratie zu unterscheiden. Dies wird besonders in dem jüngst stark beachteten Essay von

4 In der öffentlichen Debatte wird der Populismus häufig rein polemisch verwendet. Im wissenschaftlichen Diskurs wird er explanativ, analytisch oder diagnostisch genutzt (Jörke/Selk 2017: 10).

Müller deutlich, der moralisierend den Antipluralismus der Populisten als dessen antidemokratisches Grundmerkmal identifiziert (Müller 2016: 44). Wird für diese Unterscheidung im internationalen Kontext allgemein der Begriff der Autokratie herangezogen, fungiert der Begriff des Populismus als Differenzierung nach innen. Ein solches »Flüchten ins Normative« (Jörke 2016: 205) trägt einzig dazu bei, mit dem Label des Populismus Akteure als Nicht-Demokraten zu demaskieren. Somit knüpft die Populismusdiagnose *methodisch* an das Extremismuskonzept an, welches zur Bezeichnung kritischer Randbewegungen in einer traditionell durch eine Links-Rechts-Struktur geprägten politischen Kultur angewendet wird.⁵

Neben diesem normativ begründeten Differenzierungsangebot wird der Populismus auch für die Behauptung instrumentalisiert, dass es sich in seiner jüngsten Form um einen neuen Zustand handelt (vgl. Knöbl 2016: 8; Sauer 2017: 2). Auf der einen Seite kann damit der Anspruch auf eine notwendige Auseinandersetzung mit etwas Neuem begründet werden, was als Strategie einer um Aufmerksamkeit bemühten Sozialwissenschaft durchaus legitim ist. Auf der anderen Seite wird so aber auch ein Bruch in der historischen Reflexion in Kauf genommen, um, so ist zu vermuten, die in der Geschichte des Populismuskonzeptes klar zutage tretenden konzeptuellen Mängel auszublenden. Zwei davon sind für die Analyse besonders problematisch: (1.) Die empirische Heterogenität der behandelten Phänomene und (2.) die schwache Basis der Kategorisierung.

(1.) Die als populistisch behandelten Phänomene sind nicht nur historisch weitreichend, sondern auch geographisch weit gestreut. Historische Startpunkte des Populismus und seiner wissenschaftlichen Diskussion waren agrarische Bewegungen im Süden und dem Mittleren Westen der USA, die am Ende des 19. Jahrhunderts zur Formierung der »People's Party« geführt haben, wie auch die russische Bewegung der »narodnichestvo«, einer Gruppe von Intellektuellen, die zwischen 1860 und 1870 versuchten, aus den Bauern ein revolutionäres Subjekt zu formen (Moffitt 2016: 12). In den 1950er Jahren wurde das Konzept geöffnet und zur Bezeichnung der McCarthy-Ära herangezogen, wobei bereits eine Differenzierung des Konzeptes und damit seine konzeptuelle Auffächerung sich vollzog, indem der Populismus als ideologisches wie auch extremistisches Phänomen definiert wurde (Moffitt 2016: 13). Indes sind beide schon als normative Abweichungen vom »Idealbild einer liberalen Demokratie« behandelt worden (Knöbl 2016: 11). Später wird der Populismus als ein spezifisch lateinamerikanisches Herrschaftsphänomen analysiert, bei dem unter der Führung von charismatischen politischen Führern »multiclass urban alliances« geformt werden (Moffitt 2016: 13f.), die Modernisierungs-

5 Doch auch wenn beide Konzepte die gleiche Methode der Differenzierung bestimmter politischer Akteure teilen, sind sie konzeptuell verschieden und können nicht vermischt werden. Gleichzeitig provoziert die Popularität des Populismus die Extremismusforscher dazu, ihren Ansatz zu verteidigen (Jesse/Panreck 2017).

und Wohlfahrtsversprechen formulieren. Daraus entfaltet sich ein ganzes System von spezifischen Herrschaftstechniken, die unter dem Begriff des Populismus vergleichend zwischen Argentinien (Peron), Mexiko (Cárdenas), Brasilien (Vargas) und Ekuador (Ibarra) analysiert werden konnten (Moffitt 2016: 14). Infolgedessen gelang es, die Besonderheiten der Herrschaftstechniken theoretisch neu einzuordnen und von westlichen bzw. europäischen Herrschaftssystemen wie dem Faschismus zu differenzieren (Knöbl 2016: 15; vgl. Priester 2012a: 221). In einer weiteren Spielart kommt der Populismus in die etablierten Demokratien zurück, nun aber als »Form des diskursiv-politischen Kampfes« (Knöbl 2016: 23) positiviert und theoretisch abstrahiert. Der Ansatz von Laclau gibt der Diskussion eine neue, wenn auch umstrittene Richtung (vgl. Straßenberger 2016). Unabhängig von der Nachvollziehbarkeit der Kritik kann hier zumindest gezeigt werden, dass das Konzept des Populismus durch die radikal-pluralistische Demokratietheorie über die rein analytische Ebene hinaus auf die kritisch-emanzipatorische Ebene ausgedehnt wird. Gleichzeitig wird es, und das ist der interessantere Aspekt, nicht mehr als Abweichung demokratischer Praxis interpretiert und mit der normativen Demokratietheorie vereint. Das Ergebnis dieser Ausdehnung ist die potentielle Grenzenlosigkeit für die Anwendung des Populismuskonzepts in der Gegenwart. Nach wie vor wird der Begriff des Populismus zur Charakterisierung latein- und südamerikanischer politischer Bewegungen und ihrer Herrschaftstechniken herangezogen wie für die aktuell sich im Abwind befindliche »rosa Welle populistischer Palaststürmer« (Müller 2016: 10) in Venezuela, Brasilien und Argentinien. Kurz zuvor wurden noch diejenigen politischen Akteure als neopopulistisch bezeichnet, die wie Fujimori, Menem und Collor in der gleichen Region versucht haben, radikal neoliberale Strategien umzusetzen (Moffitt 2016: 17). Weiterhin wird das Konzept auf rechte Bewegungen und Parteien in Westeuropa angewendet (Berezin 2009; Wodak 2015) wie auch zur Deskription neuer post-postsozialistischer Parteien in Ost- und Mitteleuropa (Bugarcic 2008). Schließlich werden auch Legitimationsstrategien in autoritären Regimen als populistisch identifiziert (Robinson/Milne 2017). Diese inflationäre Anwendung, mittlerweile gibt es sogar den »Medienpopulismus« (Priester 2012: 35), hat ihre Kosten und reduziert den analytischen Wert des Populismus auf ein Minimum. Konzeptuell markiert der Populismus zwar etwas, erklären kann er hingegen nichts, was seiner Popularität aber nicht zu schaden scheint – »populism matters« (Moffitt 2016: 11).

(2.) Mit der Karriere des Populismuskonzeptes begann auch das »conceptual stretching« (Moffitt 2016: 13-16). So attraktiv es ist, den Populismus als Figur in einem weiten Kontext anzuwenden, so schwierig ist es, diese Differenzierung zu vereinheitlichen und klar zu benennen, was der konzeptuelle Kern des Populismus ist. Immer wieder gab es Versuche, diesen zu bestimmen, doch letztlich läuft die Theoriebildung hier den empirischen Anwendungen stets hinterher. Dementsprechend konsequent erscheint es, wenn in der Forschung derzeit nicht mehr versucht

wird, *eine* Definition oder *eine* Theorie des Populismus zu entwickeln. Stattdessen wird zum Beispiel eine rein empirische Bildung eines Typs des Populismus vorgenommen (vgl. Priester 2012: 32-38). Doch auch mit dieser Vermeidungsstrategie kann man sich der Unschärfe des Begriffs nicht entziehen. So existieren mehrere, teils divergente Strategien zur Typologisierung des Populismus. Die eine Gruppe sucht die Konstruktion des Typs durch die Summierung bestimmter, empirisch beschreibbarer Merkmale. Die anderen gehen von einem »Prototyp« des Populismus aus, dem sukzessive weitere Fälle zugeordnet werden, welche dann zur Ausweitung des Prototyps beitragen. Beide Strategien kämpfen mit Schwierigkeiten: Die erste kann nicht mehr genau differenzieren, was »Substanz« oder »Akzidenz« ist (Priester 2012: 38), weil das definitorische Minimum bewusst im Dunkeln gelassen wird. Dies hat den Vorteil, dass programmatisch empirische Phänomene diesem Typ (und keinem anderen) hinzugefügt werden können. Im Gegensatz dazu sucht die andere Strategie durch die Bestimmung eines Urtyps nicht nach einer Differenzierung von Substanz und Akzidenz, denn hier ist klar, dass alle untypischen Fälle dem Idealbild allenfalls *ähnlich* sein können. Allein dies genügt, um der Kategorie des Populismus zugeordnet zu werden. Doch auch hier kommt über die Begründung der Definition des Urtyps das Problem der fehlenden Schärfe des Phänomens wieder ins Spiel, denn die auch rein analytische Bestimmung des ersten Populismus ist umstritten. Zudem ist man mit einem Zuordnungsdilemma konfrontiert, da Populisten sich selbst meist nicht als solche wahrnehmen (Priester 2012: 39). Ob der Typ durch die Aufsummierung von Merkmalen oder den Vergleich und Gruppierung von Fällen konstruiert wird, beide Strategien spielen die unscharfe Kategorisierung des Populismus idiographisch bzw. nomothetisch durch, ohne die Leistung einer klaren Theorie kompensieren zu können.

Infolgedessen kann der Versuch der rein empirischen Typenbildung nicht zur konzeptuellen Abgrenzung des Populismus beitragen. Es braucht eine Theorie des Populismus, doch die darf epistemologisch nicht weiter darauf hoffen, dass sie die eine, nicht existierende Definition des Populismus findet (Moffitt 2016: 27). Bleibt somit zunächst die Akzentuierung des Pluralismus und die Aufzählung unterschiedlicher Ansätze zur theoretischen Bestimmung des Populismus: Priester identifiziert drei Ansätze, die den Populismus als Ideologie, als Strategie zum Machterwerb und als Diskuspraxis definieren (2012: 40-48). Ähnlich differenziert Moffitt vier Ansätze: Populismus als Ideologie, als Strategie, als Diskurs und als politische Logik (2016: 17-25). Im Angesicht dieser Vielfalt und im Wissen, dass es die eine starke theoretische Definition von Populismus nicht gibt, ist das Ausweichen in weiche, unscharfe Kategorien naheliegend. Beispiele für solche unscharfen Kategorisierungen des Populismus sind:

- Populismus als Stil, »which is defined as the repertoires of embodied, symbolically mediated performance made to audiences that are used to create and

navigate the field of power that comprise the political, stretching from domain of government through the everyday life« (Moffitt 2016: 29);

- Populismus als elitenkritische Mentalitäten der mittleren und unteren sozialen Segmente, die einem bestimmten Phasenmodell folgend sich zu einem politischen Akteur formieren können (Priester 2012: 95); oder
- Populismus als diskursiver Frame, der die soziale Produktion von Einstellungen ermöglicht, welche die Identifikation einer problematischen Realität erlaubt, in der korrupte Eliten die Souveränität des Volkes untergraben (Aslanidis 2016: 99).

Diese Ansätze vertagen das Problem der kategorialen Schwäche des Populismus und sehen den Ausweg in einer pragmatischen, konzeptuell eher offenen Theoriebildung des Populismus, der die Beliebigkeit seiner Ein- und Abgrenzung durch die Dichte seiner empirischen Anwendung zu kompensieren vermag. Beide behandelten Einwände machen das konzeptuelle Dilemma des Populismus deutlich. Kategorial ist er hervorragend zur normativen Abgrenzung politischer Akteure geeignet. Gleichzeitig kann er aufgrund seiner unscharfen konzeptuellen Basis wie auch seiner »heterogenen Faktizitäten« (Knöbl 2016: 35) nicht darüber aufklären, was genau Populismus ist und woher er kommt (vgl. Priester 2016: 218). Die Popularität des Populismus ist nicht die Folge seines heuristischen Potentials, sondern seiner *Differenzierungsfähigkeit*, die zunächst ein Rätsel bleibt.

Identität als normative Leitidee

Die Kritik des Populismus soll nicht bei der Hypostasierung seiner Unschärfe stehen bleiben. Auch wenn die Theoretisierung des Phänomens gescheitert ist (Knöbl 2016: 34), muss dennoch überlegt werden, ob nicht die Gründe seiner Popularität Erkenntnisse zur Aufklärung bereithalten. Dabei ist zu beachten, dass man erstens das Populismuskonzept nicht normativ auflädt und zweitens seine Anwendung auf wenige, kontextuell ähnliche Fälle reduziert (Knöbl 2016: 35). Infolgedessen nehme ich den Populismus nicht als abstraktes und damit weltweites moralisches Differenzierungsinstrumentarium ernst, sondern ziehe ihn allein zur Deskription der politischen Veränderungen in den liberalen westlichen Demokratien heran, ohne seine Normativität zu vernachlässigen. Es ist also auch wenig hilfreich, den Populismus exklusiv in anderen, zum Beispiel rein soziologischen Kategorien umzu-deuten. Dazu gehört unter anderem auch der Ansatz, die im Populismus behandelten Konflikte in den westlichen liberalen Gesellschaften mit dem sozialen Abstieg großer gesellschaftlicher Gruppen zu Hauptursache seiner Existenz zu erklären (Baumel 2015: 116-118; Inglehart/Norris 2016: 10). Natürlich ist dieser Befund partiell richtig und konzeptuell für die soziologische Erfassung des Populismus not-

wendig, doch verführt er aus politikwissenschaftlicher Perspektive zur Reduktion des Phänomens auf soziale Ungleichheiten, die mit Umverteilung behoben werden können. Des Weiteren ist diese Neuerzählung des Phänomens in Kategorien der sozialen Ungleichheit nicht in der Lage, den Erfolg populistischer Parteien in den egalitären Wohlfahrtsstaaten Nordeuropas zu erklären (Inglehart/Norris 2016: 12). Nochmal, die sozialen Veränderungen in der Sozialstruktur der liberalen Demokratien West- und Mitteleuropas haben sicher zur Dynamisierung des Populismus beigetragen, doch ausgelöst haben sie ihn nicht. Die linke Forderung nach einem *Zurück* zur sozialen Frage zeigt indes, dass dieser politische Konflikt sich nicht mehr an sozialen Fragestellungen entzündet, sonst würden die Abgehängten und Verängstigten genau dieses Problem politisieren. Stattdessen kristallisiert sich der populistische Protest an anderen, noch aufzudeckenden Differenzen.

Eine methodisch kontrollierte Aufklärung aus der Perspektive der Politischen Theorie setzt hierzu an der Normativität des Populismus an und fragt nach den Gründen seiner Fähigkeit zur Differenzierung und Polarisierung. So geraten *normative Leitideen* in den Fokus, welche in politischen Auseinandersetzungen zur Polarisierung und zur gegenseitigen Abgrenzung genutzt werden. Normative Leitideen präsentieren begrifflich grundlegende Ziele, Werte und Prinzipien von politischen Ordnungen, die dazu dienen, kritisch über die Legitimation solcher Ordnungen zu reflektieren (Göhler et al. 2009: 375). Dergestalt haben sie Kraft genug, in Konflikten zwischen eigenen und anderen Einstellungen zu differenzieren und die Positionierung zu polarisieren.

Die Identität des Anti-Populismus

Sucht man den Populismus als normative Leitidee zu verstehen, so fällt zunächst auf, dass der Populismus selbst keine ist. Dies klingt paradox, wurde doch oben von der normativen Kraft des Konzepts bei der Unterscheidung politischer Akteure gesprochen. Tatsächlich erlaubt der Populismus eine Differenzierung nach Populismus und Nichtpopulismus, jedoch ist er nicht in der Lage, die Kontingenz dieser Differenzierung durch normativ fixierte Ziele, Werte und Prinzipien aufzulösen. Der Mangel an normativem Inhalt zeigt sich in der Konzeptualisierung des Populismus als »thin-centered ideology« (Priester 2012: 40; Aslanidis 2016; Moffitt 2016: 18). Eine starke Ideologie ist ein geschlossenes sowie komplexes, von einer relativ homogenen Gruppe entwickeltes Produkt, dessen Eigenschaften eine substantielle innere Integration, ein dichter, mit politischen Konzepten verbundener Kern, die Fähigkeit zur Präsentation politischer Konzepte und Positionen, exklusive Antworten auf politische Fragen der Gesellschaft und weitreichende ideelle Ambitionen sind (Aslanidis 2016: 90). Der Populismus als allenfalls schwache Ideologie verfügt über keine dieser Eigenschaften (Aslanidis 2016: 90).

Dass der Populismus trotzdem normativ aufgeladene Differenzierungen ermöglicht, beruht zum einen auf seiner methodisch rein *negativen* Anwendung. Es geht um die Markierung der Populisten als negativem Antipol zu den Nichtpopulisten, nicht um deren Aufklärung. Zum anderen operiert diese Abgrenzung, wie oben gezeigt, nicht politisch, sondern *moralisch*. Die Annahme einer universell gültigen moralischen Norm sorgt für die unterkomplexe Hierarchisierung der Differenz von Populisten und Nichtpopulisten. Diese instrumentelle Stärke kann der Populismus aber nur ausspielen, da er an eine andere normative Leitidee anschließt, die im wissenschaftlichen Diskurs zum Populismus selber nicht thematisiert wird. Nicht die Idee des Populismus konstruiert die Populisten, weil sie bloß die in der Wirklichkeit vorgefundenen politischen Konflikte mit ihren eigenen Labels versieht. Die so durch den Populismus adaptierten Konflikte entzündeten sich jedoch an anderen antagonistischen politischen Ideen. Ein Hinweis auf diese Ideen findet sich in der Diskussion zum Ausgang der ebenfalls als populistisch interpretierten amerikanischen Präsidentschaftswahl 2016. In seiner Analyse identifiziert der amerikanische Politologe Mark Lilla das Ende des »identity liberalism« als für die Wahlentscheidung verantwortlichen Kernkonflikt (Lilla 2016).⁶ Er sieht den Fehler der Kampagne der Demokraten in der Exklusion bestimmter sozialer Gruppen. Indem diese durch eine progressive liberale Identitätspolitik immer neue Minderheiten identifiziert, politisiert und emanzipiert haben, verloren sie die Teile des Demos aus den Augen, die eben nicht in dieses Raster passen (Lilla 2017: 9). Mit der Absicht, Gutes zu tun und für mehr zumindest legale Gleichheit zu kämpfen, hat die Identitätspolitik sich hoffnungslos auf die Diversität fokussiert. Doch produziert die Suche nach Unterschieden auf der politischen Ebene nur Unterschiede. »But the fixation on diversity in our schools and in the press has produced a generation of liberals and progressives narcissistically unaware of conditions outside their self-defined groups, and indifferent to task of reaching out to Americans in every walk of life« (Lilla 2016). Eine Politik, die sich allein auf Diversität fixiert, verliert die Fähigkeit, Einheit zu stiften. »National Politics in healthy periods is not about difference, it is about commonality« (Lilla 2016). Und selbst für einen individualistisch orientierten Liberalismus ist ein Konzept des »wir« notwendig (Lilla 2017: 14).

Lillas Kritik an der Identitätspolitik, die ihrerseits Anlass für Kritik und Gegenkritik bietet (Brahm 2017), verweist auf den Begriff der Identität und dessen normative Aufladung. Dies ist das Ergebnis eines sich selbst als aufgeklärt und links verortenden rein theoretischen Diskurses. Dessen Movens liegt in der Verknüpfung eines moralisch legitimierten Kampfes um Anerkennung mit der Identität des Subjekts (Calhoun 1995; Honneth/Fraser 2003). Basierend auf einer konstruktivistischen Epistemologie des Sozialen infolge des »cultural turns« (Calhoun 1995: 198ff.) wird die aktive Re-Konstruktion von Identitäten zum Ziel politischer Aufklärung

6 Seine Überlegungen hat Lilla zwischenzeitlich zu einer Monographie zusammengefasst (2017).

gemacht und als Aufgabe politischer Kämpfe unabhängig von der sozialen Frage definiert (Fraser 2003: 86). Freilich wird die soziale Frage nicht gänzlich ignoriert, doch die kategoriale Trennung beider Bereiche und die situative Fokussierung auf eines der beiden Felder erlauben der Kritik, jeweils partikuläre Forderungen zu formulieren. Damit entwickelt sich sukzessive der Kampf um Anerkennung von Identitäten als eigenständiges und umfassendes Handlungsfeld für die Identitätspolitik. »Identity politics have more generally been basic to a whole range of movements that sought to use the public sphere to challenge existing arrangements or bring forward new possibilities in religion, sexual relations, the human relation to nature, community life, work and economics, and a host of other dimensions of social life« (Callhoun 1995: 215). Dabei geht es sowohl um Anerkennung für einen rechtlichen Schutz der Identitäten als auch vermehrt um die Anerkennung im Sinne einer »Wertschätzung« der verschiedenen Identitäten (Honneth 2003: 198).

Indes provoziert die Entdeckung, theoretische Auslotung und Normativierung der Identität als politisches Projekt Kritik aus zwei Richtungen:⁷ Eine erste Kritik setzt an der theoretischen Begründung an und moniert zum einen die konzeptuelle Trennung von sozialer und kultureller Anerkennung sowie zum anderen die Stringenz der gerechtigkeits-theoretischen Begründung der Identitätspolitik (Honneth 2003: 191ff.). Eine andere Kritik setzt an der Relevanz des emanzipatorischen Anspruchs an. Hier ist, obschon ihrer richtigen Voraussage, die Kritik von Richard Rorty über das Selbstverständnis der amerikanischen Linken zu nennen (1999). Rorty zeichnet kritisch die epistemologische Wende der linken Theoriebildung nach, bei der in der Analyse der Gesellschaft die materialistische Makroperspektive durch eine psychologische Mikroperspektive ersetzt wird (vgl. Lilla 2017: 74-78). Durch die »teilweise Ersetzung von Marx durch Freud als Gesellschaftstheoretiker wurde der Sadismus anstelle der Selbstsucht zum Hauptangriffsziel der Linken« (Rorty 1999: 74). Aus diesem epistemologischen Wandel entsteht die »Politik der Differenz« bzw. »die Politik der Identität« als Aktionsfeld einer linken Bewegung, die sich mehr mit dem »Stigma als mit dem Geld, mehr mit tiefliegenden und verborgenen psychosexuellen Motiven als mit prosaischer und offensichtlicher Habsucht« beschäftigt (Rorty 1999: 75). Die sich so verstehende »kulturelle Linke« verliert nach Rorty die alten Verbündeten wie die Gewerkschaften und verlagert ihr Aktionsfeld auf akademische Auseinandersetzungen über die Chancen und Notwendigkeiten einer eher pädagogischen, quasi unbegrenzten Vermittlung der Anerkennung von Anderssein, der jedoch ein Begriff nationaler Politik abhandenkommt. So verliert sie auch das Verständnis für den praktischen Alltag der nichtakademischen Schich-

7 Ich konzentriere mich hier auf die programmatische Kritik, welche nicht fundamental an der konstruktivistischen Basis, dem kritischen Habitus oder dem emanzipatorischen Ziel der Identitätspolitik ansetzt und derart ihre Legitimität grundsätzlich zur Disposition stellt.

ten, redet lieber abstrakt vom System, statt konkrete Schritte für den gesellschaftlichen Wandel zu beraten (Rorty 1999: 100).

Unabhängig von ihrer Überzeugungskraft zeichnen die Kritiken ein genaues Bild der Identität der Identitätspolitik. Als spezifisches Identitätsverständnis ist sie das Ergebnis eines emanzipatorischen Diskurses, der mit einer konstruktivistischen Epistemologie die Mikrobedingungen von Anerkennung aufklären möchte. Die sich daraus bildende Perspektive der kulturalistischen Linken operiert mit einem theoretischen Identitätsbegriff, der für eine gewünschte gesellschaftliche Transformation politisiert wird, wobei die sich daraus ergebende Polarisierung von Identitätsfragen eine Ursache des populistischen Phänomens ist. Eine weitere Ursache ergibt sich aus alternativen Identitätsverständnissen.

Die identitäre Identität

Eine von der emanzipatorischen Identitätspolitik der kulturalistischen Linken abweichende Reaktion auf die Politisierung des Identitätsbegriffs kann in der Neuen Rechten identifiziert werden.⁸ Ausgangspunkt der Karriere des dort entwickelten identitären Identitätsbegriffs ist die kulturelle Subversion der Neuen Rechten, die sukzessive von den Linken dominierte Themen und Darstellungspraktiken übernehmen (Wagner 2008). Dabei kommt es zu einer ästhetischen und intellektuellen Aufladung der kollektiven Identität (Hentges/Kökigiran/Nottbohm 2014). Im Anschluss an Henning Eichberg wird Identität als scheinbar neutrales Distinktionsangebot entwickelt. »Identität konstituiert sich zugleich aufgrund von Unterscheidung, von Einsicht in das andere, das Fremde und das Eigentümliche« (Hentges/Kökigiran/Nottbohm 2014: 2). So lässt sich aus der Identität nur eine neutral wirkende Differenzierung ableiten, gegen eine Hierarchisierung wehrt sich der objektive Begriff scheinbar. Diese proklamierte Eigenschaft der Identität reagiert auf den emanzipativen Identitätsbegriff, wie Alain de Benoist, einer der intellektuellen Vertreter der Neuen Rechten, begründet. Er moniert die »Erosion der Unterschiede« die mit dem Phänomen der Globalisierung ihren Höhepunkt erreicht hat, wobei dadurch zwar »Kulturen homogenisiert« werden, jedoch auch neue Brüche entstehen, welche die Frage nach der Identität aufwerfen (Benoist 2008: 28f.). Doch positioniert er keinen vollkommen gegenläufigen Begriff der Identität, welcher statt von der Konstruktion von einer Unhintergebarkeit der Identität ausgeht. Einem solchen essentialistischen Identitätsverständnis weist Benoist eine pathologische Qualität zu, welche der Homogenisierung der Globalisierung eine Homogenität auf einer niederen Ebene gegenüberstellt (ebd.: 95). »Indes ist Identität kei-

8 Ich will mich hier nicht mit der politischen Bewegung als Ganzes auseinandersetzen, sondern mich auf die Spezifik der normativen Leitidee der Identität konzentrieren. Zur Bewegung, Geschichte und ideologischen Grundlagen der Neuen Rechten vgl. Maaß (2014).

ne Essenz oder statische Realität. Sie ist eine Substanz, eine dynamische Realität, und aufgrund dessen bilde sie ein Repertoire von Rollen« (ebd.: 68). Identität kann nicht als homogen, beständig oder einheitlich verstanden werden, sondern als eine in ihrer Dynamik und Dialektik ständig im Wandel begriffene Differenz. Benoist versteht Identität dialogisch, also als Medium, welches Kommunikation zwischen den Identitätskollektiven erst ermöglicht. Er spricht sich gegen eine Verabsolutierung und damit Idealisierung der eigenen Identität aus (ebd.: 94). Stattdessen plädiert er für die Kommunikation zwischen den Identitätsträgern und favorisiert einen Austausch mit dem Ziel, gegenseitig die Unterschiede versteh- und akzeptierbar zu machen (ebd.: 97).

Diese Kommunikation zwischen den Identitäten unterliegt in der Gegenwart einer Herausforderung, die zugleich die gesellschaftliche Kritik von Benoist umreist. Dabei verknüpft er zwei Ebenen: die fundamentale Ebene der Konstruktion des Selbst unter den Bedingungen des Liberalismus und die der Expansion dieses Ansatzes im Rahmen der Globalisierung. Die erste Ebene bezieht sich auf die rigore Verknüpfung mit dem Einzelnen, der sich von seinen Beziehungen befreien muss, weil sie nicht nur seine Freiheit beschränken, sondern ihn a priori als nicht zu seinem Ich gehörend belasten (ebd.: 22). Erst ein so seines »Herkunftskontextes« entkleidetes Individuum kann sich als Gleicher und Gleichen vorbehaltlos »in den gerade entstehenden Markt eingliedern« (ebd.). Die Identität verschiebt sich im modernen Liberalismus in den Bereich einer institutionalisierten Sphäre der Unterschiedslosigkeit, in der die einzelnen Individuen sich ausschließlich als Individuen zwischen Individuen stetig neu erfinden müssen. Benoist kritisiert hier den Status des Marktes, der im liberalen Kapitalismus der exklusive Koordinationsmechanismus für die Selbstwerdung des Einzelnen wird und die Ausbildung eines für den Markt empfänglichen »freischwebenden Subjekts« befördert (ebd.: 104). Da der Markt und der liberale Individualismus die dominierenden Ideen und Motoren der Globalisierung sind, damit komme ich zum zweiten Kritikpunkt von Benoist, expandiert das Muster einer rein individuellen und rein marktkonstituierten Identität weltweit und es kommt zur erwähnten Erosion der Unterschiede und der kollektiven Identitäten. Gleichzeitig wird die Suche nach neuen Identitätsgemeinschaften jenseits nationaler Identitäten immer schwieriger. Daraus ergibt sich eine Situation der gegenseitigen Verstärkung von globaler Homogenisierung individueller Identitäten und einer Identitätskrise des Individuums bei seiner Suche nach Orientierung (ebd.: 29). Die identitäre Identität normativiert den Stellenwert der Identität als solche, obwohl sie ihr den essenziellen Charakter abspricht, indem sie die Identität zur Grundvoraussetzung eines interpersonalen und interkulturellen Dialogs macht. In dieser Lesart verhindert der Verlust bzw. die Pathologie von Identitäten, dass der Einzelne, jenseits seiner Identität als Konsument, eine weitergehende Selbstreflexion und -verortung vornehmen kann.

Die intellektuelle Aufwertung der Identität zu einem zentralen Begriff der Neuen Rechten bricht mit ihren älteren Ansätzen der Nation, des Patriotismus und Nationalismus. Als Begriff kann die Identität mit unterschiedlichen Adjektiven verbunden werden, wodurch die im rechten Denken bis dahin dominierenden klassischen Hierarchisierungen von Gemeinschafts- und Gruppenzugehörigkeiten semantisch wie auch kategorisch relativiert werden sollen. Die identitäre Identität muss begrifflich, so der Wunsch der Vordenker der Neuen Rechten, eine Positionierung jenseits der tradierten Rechts-Links-Differenzierung ermöglichen, was später durch die Identitäre Bewegung aufgenommen und in Abgrenzung zu anderen rechten Gruppierungen als Selbstverortung in der politischen Mitte proklamiert wird (Hentges/Kökiran/Nottbohm 2014: 19).

Die Einheit der Differenz

Es handelt sich um zwei Ansätze von Identität, die als normative Leitideen genau die Polarisierung strukturieren, die durch das Populismuskonzept beschrieben wird. Nicht die dünne Idee des Populismus treibt die Menschen in divergente politische Einstellungen, sondern das antagonistische Verständnis von Identität. Doch warum gelingt gerade dem Identitätsbegriff diese normativ aufgeladene Differenzierung? Dies führt methodisch über die bloße Registrierung eines neuen Cleavage und die Messung seiner empirischen Validität hinaus zur Ebene der Konstruktion des Begriffs. Zunächst fällt auf, dass beide Ansätze den konstruktiven Charakter der Identität betonen und sich damit erstens von einem statischen Verständnis von Identität wie auch zweitens von einem essenziellen Begriff distanzieren. Dies ist die Einheit ihrer Konstruktion. Benoist weist explizit auf den dialogischen, seiner Meinung nach produktiven Charakter der Identität hin. Zwar transzendiert Identität hier immer noch die Einheit der Gemeinschaft, doch greift sie dafür nicht mehr auf einfache, mit Blut und Abstammung arbeitende Identitätskonstruktionen zurück. Dieses offen zur Schau getragene dynamische und konstruktive Verständnis findet sich auch bei der aufgeklärten Identitätspolitik der Linken. Hier folgt die Konstruktion der post-strukturalistischen Kulturwissenschaft, die das Fremde als epistemologische Herausforderung begreift, welches es in seiner eigenen konstruierten Wirklichkeit unvoreingenommen aufzuklären gilt. Der wesentliche Unterschied beider Ansätze liegt nicht in der Erkenntnis, dass es unterschiedliche Identitäten und ihre Wirklichkeiten gibt, sondern in der Frage, was aus dem Pluralismus der Identitäten folgt? Die identitäre Identitätskonstruktion geht von der Unüberwindlichkeit der Differenzen zwischen den Identitäten aus. Ihr Ethnopluralismus transzendiert die Unterschiedlichkeit und macht sie zur ontologischen Größe der Ökumene. Hingegen nimmt die Identitätspolitik die Differenz zum Anlass, um eine neue Identität zu proklamieren. Sie manifestiert den Unterschied, um ihn in der Figur des Hybriden produktiv in einer neuen (besseren) Form aufzulösen. Glei-

chen sich beide Zugriffe in der Akzeptanz der Kontingenz der Identitäten, also der Idee, dass kollektive Identitäten nicht essenziell konstruiert werden, versteht die identitäre Identität diesen Prozess als abgeschlossen. Die Identitätspolitik indes sucht durch eine weitere Konstruktion der Identität als synthetische Neukonstruktion bestehender Identitäten diese für das Ziel einer wie auch immer gerechteren Gesellschaft einzuspinnen. Vollendete und permanente Identitätskonstruktionen stehen sich hier in der politischen Auseinandersetzung scheinbar unversöhnlich gegenüber.

Einerseits stimmen beide Zugriffe in der Akzentuierung der Konstruktion politischer Begriffe überein, indem sie einen essenziellen Status der Identität ablehnen. Dies sollte man ernst nehmen und nicht der Versuchung erliegen, dem identitären Identitätsbegriff obschon seiner Annahme der abgeschlossenen Konstruktion doch wieder einen Essenzialismus zu unterstellen. Die Einheit der Differenz beider Identitätskonstruktionen ist die theoretische Einsicht, dass die Kollektivsymbole zur Inklusion und Exklusion konstruiert und damit kontingent sind. Identitätspolitik versucht ihrerseits das Kontingenzverständnis soweit bewusst zu machen, um es in der alltäglichen Interaktion stetig mitzudenken bzw. mit zu kommunizieren. So wird auf einer theoretischen Ebene die Möglichkeit ausgeschlossen, dass einmal gesetzte Differenzierungen der Kontingenzperspektive entzogen werden. In der Absicht, das Machtpotential solcher Institutionalisierungen stetig kritisch zu befragen, wird in der emanzipativen Konzeptualisierung von Identität diese in einen immer wieder neu zu vollziehenden Prozess des Setzens und Auflösens von Humandifferenzierungen aufgelöst (Hirschauer 2014: 182). Dies ist in einem wissenschaftlichen Diskurs theoretischer Begriffe methodisch machbar und sinnvoll, um blinde Flecken zu identifizieren und kontingente Annahmen zu problematisieren. Im Alltag bricht solch ein Ansatz mit tradierten Formen der Kontingenzunterbrechung zur Legitimation sozialer Strukturen. Andererseits sucht der identitäre Identitätsbegriff, obwohl auch er die Kontingenz der Identitäten versteht, nicht die Radikalisierung des Kontingenzdenkens, sondern knüpft an ein nichttheoretisches Identitätsverständnis an. Da Gesellschaften keinesfalls auf ihre wissenschaftliche Auslegung warten und selbst Symbole ihres Selbstverständnisses kreieren, sieht sich die Politikwissenschaft in erster Linie mit diesen ihr vorausgehenden und nicht genuin theoretischen Symbolen und Theorien konfrontiert (Voegelin 2004: 43f.). Wenn diese nichttheoretischen Begriffe als normative Leitideen Diskurse initiieren und strukturieren, werden sie zum Objekt politikwissenschaftlicher Reflexion, wodurch sie auch zu theoretischen Begriffen verdichtet werden (Voegelin 2004: 43f.). Hierin liegt der Unterschied beider Identitätskonzepte. Die identitäre Identität vollzieht zwar theoretisch den konstruktiven Status von Identitäten nach, hält sich somit an die Kontingenzperspektive, legitimiert aber im Unterschied zum emanzipativen Identitätskonzept Kontingenzunterbrechungen durch nichttheore-

tische Identitätsbegriffe und damit auch stabile Humandifferenzierungen. Dies ist der differente Zugang in der einheitlichen Konzeptualisierung von Identität.

Die Politisierung der Kultur

Der Vergleich beider Leitideen von Identität macht deutlich, dass die Ursache der unterschiedlichen Behandlung von Identität nicht im Begriff selber begründet ist. Identität ist kein Ordnungsbegriff im Sinne einer grundlegenden Strukturierung, die empirische Zugriffe ordnet (Göhler u.a. 2009: 375). Sucht man nach der grundlegenden Strukturierung für die zwei Identitätsbegriffe, muss deren Einheit fokussiert werden. Die Vorstellung einer kontingenten Konstruktion zeigt, dass die Einheit das kulturalistische Verständnis des Sozialen ist (vgl. Knobloch 2016). Analytisch stellt sich damit die Frage nach der Differenz der Differenzierungen, folglich nach deren Sinnhaftigkeit, was den kulturellen Kontext betrifft (Hirschauer 2014: 170).

Die unterschiedliche Kulturalisierung der Gegenwart

In seiner Reflexion der jüngsten populistischen Polarisierungen verweist der Kultursoziologe Andreas Reckwitz auf Veränderungen der kulturellen Lebensformen (2016; 2016a). Hierbei manifestieren sich zwei konträre Auffassungen über den allgemeinen Stellenwert der Kultur in der Spätmoderne (Reckwitz 2016: 1). Interessanterweise entspringen beide Auffassungen einem der Rationalisierung der Moderne entgegenlaufenden Trend der Kulturalisierung des Sozialen. Dieser setzt sich für die Wiederaufwertung von kulturell relevanten Objekten, Subjekten, Praktiken, Orten ein und stellt sich gegen die Profanisierung, Rationalisierung und Entzauberung der Welt (ebd.: 3). Die erste Auffassung opponiert mit einer expansiven Ästhetisierung der Lebensstile dagegen. Kultur wird zur Hyperkultur, in der »alles in höchst variabler Weise kulturell wertvoll werden kann« (ebd.: 4). Hierzu treffen Objekte mit Subjekten zusammen, die jene Objekte mit dem Wunsch nach Selbstverwirklichung nachfragen. »Kultur findet in dieser Konstellation immer auf kulturellen Märkten statt, in denen kulturelle Güter miteinander im Wettbewerb stehen« (ebd.: 4). Derart ökonomisiert wird Kultur zu einem Set von Gütern, die von Subjekten der mondänen Mittelschichten, die ihre eigene Identität als Patchwork kultureller Güter begreifen, angeeignet werden. Kultur ist ein subjektives Produkt aus der individuellen Kombination unterschiedlicher Praktiken und Artefakte. Als Hyperkultur zieht sie ihre Normativität aus der Möglichkeit, die Optionen auf Kombination kultureller Güter stetig zu vergrößern. »Diese Hyperkultur hat sich mit der Globalisierung verbreitet, im alten Westen und anderswo« und als Selbstverwirklichungsmodell umfasst sie auch den

»Wettbewerb der spirituellen Praktiken und Glaubensgemeinschaften um das religiös bedürftige Individuum, das temporäre Engagement in politischen Initiativen und die Auswahl zwischen Bildungsangeboten auf dem Markt der Schulen, die sich der globalen akademischen Mittelklasse darbieten« (Reckwitz 2016a).

Dafür artikuliert die emanzipative Identitätsvorstellung das normative Programm, indem sie das Agieren auf kulturellen Märkten nicht als bloßen Narzissmus, sondern als Prozess der individuellen Emanzipation deklariert.

Demgegenüber sieht die zweite Auffassung in der Kultur kein »unendliches Spiel der Differenzen« auf einem offenen Markt (ebd.: 6). Stattdessen wird die Kultur als Antagonismus zwischen Innen und Außen, zwischen Wertvollem und Wertlosen gebraucht.

»Der Prozess der Valorisierung verläuft also nicht dynamisch und mobil, sondern arbeitet vielmehr daran, die Eindeutigkeit der wertvollen Güter – der Glaubenssätze, Symbole, der nationalen Geschichte, der Leidensgeschichte einer Herkunftsgemeinschaft – nach innen aufrechtzuerhalten und zugleich nach außen eine konsequente Devalorisierung zu betreiben« (Reckwitz 2016: 6).

Reckwitz sieht hier eine stringente Praxis der Devalorisierung nach außen, denn die Kultur wird nun zur Hierarchisierung des Eigenen und des Fremden genutzt. Kultur baut einen Antagonismus auf und schreibt diesen immer einem Kollektiv zu, welches hier auf seine Tradition zurückgreifen soll. Im Gegensatz zum individualistisch organisierten und auf das beständig Neue eines Kreativitätsdispositivs hin orientierten Kulturverständnis der Hyperkultur will dieses kollektiv organisierte Kulturalisierungsregime das Bewährte bewahren und durch die Orientierung an der historischen Narration die Kultur essenzialisieren. Damit trägt die Kultur zu einer »Schließung der Kontingenz« bei:

»Zum einen führt der zentrale Antagonismus zwischen Innen und Außen dazu, dass die Valorisierung der Güter nach innen nicht mobilisiert, sondern stabil gehalten werden soll. Zum anderen verringert und verengt die Orientierung am Kollektiv als Bezugseinheit der Kultur die Verhaltensspielräume für die Individuen.« (Reckwitz 2016: 6).

Dies ist das Fundament für den identitären Identitätsbegriff, der einerseits Teil einer kollektiv geteilten Kultur ist, folglich kollektiv konstruiert wird und somit kollektive Geltung beansprucht. Andererseits zieht die Leitidee eine normative Grenze zwischen den Kollektiven, weil sie die Geltung auf eine Kultur beschränkt, also nicht versucht, die nichttheoretischen Identitätskonzepte zu dekonstruieren.

Ein neuer Kampf der Kulturen?

Der Antagonismus beider Auffassungen kann sich wegen seiner Unlösbarkeit zu einem fundamentalen Konflikt hochschaukeln.⁹ Auch in einer Demokratie können nicht alle Konflikte durch die Verteilung des Sozialprodukts zwischen verschiedenen Gruppen gelöst werden (Hirschman 2013: 356). Im Gegensatz zu Verteilungskonflikten, in denen es um ein Mehr-oder-weniger geht, provozieren diese Entweder-oder-Konflikte keine produktiven Lösungen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken, vielmehr fordern sie die grundlegende Einheit der Gesellschaft heraus. Unterschiedliche Kulturalisierungsregimes kreisen um divergente Ordnungsbegriffe der Kultur, die normativ Wahrheit beanspruchen. Treffen diese aufeinander, entwickelt sich ein neuer *Kampf der Kulturen*, der sich von Huntingtons Vorstellung einer Auseinandersetzung zwischen religiösen Zivilisationen löst und den Kampf auf die Innenseite der Kultur zieht. Dennoch lässt sich die neue Auseinandersetzung mit dem klassischen Konzept des Kulturkampfes definieren: »Wenn man Kultur als die Gesamtheit der typischen Lebensformen einer Bevölkerung, einschließlich der sie tragenden Geistesverfassung und Werteinstellungen, begreift« und diese im Kontakt mit anderen Kulturen um Geltung konkurriert, dann handelt es sich um einen Kulturkonflikt, oder politisch gesprochen, »um einen Kulturkampf« (Senghaas 1995: 198). Die Grenze zwischen den Kulturen wird aber nicht ausschließlich nach außen gezogen, sondern auch nach innen, als Gegensatz zwischen Kulturalisierungsregimes, wodurch es mehr zu einem Kampf *um* Kultur wird. Doch welche Szenarien kann ein interner Kulturkampf haben? Reckwitz entwirft hierzu eine Heuristik, die als Orientierung dienen kann (2016: 7):

- *Vermittelnde Strategie*: Anhänger beider Kulturalisierungsparadigmen versuchen, die jeweils anderen Standpunkte insoweit zu akzeptieren, dass sie der eigenen Perspektive beigelegt wird. Aus der Perspektive der Hyperkultur würde das bedeuten, dass sie den Kulturessenzialismus als weitere mögliche Optionen der Selbstverwirklichung versteht. Diese kann respektiert und toleriert werden, um sie einem freien Spiel der Kräfte zu überlassen, wie es etwa der Multikulturalismus gefordert hat. Hingegen würde die vermittelnde Strategie aus Sicht der Kulturessenzialisten so aufgefasst werden, dass die ihnen fremden pragmatischen Ästhetisierer eine Form partikularer Identitäten sind, die keinen Anspruch auf Universalität besitzen. Und solange diese nicht versuchen, den Status quo der Partikularität aufzugeben, kann man sich nebeneinander arrangieren. Diese Auffassung mündet in einer Kulturkreistheorie, die um friedliche Koexistenz bemüht ist.

9 Die Verbindung mit dieser Figur von Hirschman macht Honneth in seiner Replik auf Frasers Diskussion zur Identitätspolitik (Honneth 2003).

- *Konfrontative Strategie*: In der Konfrontation zwischen den Kulturalisierungsregimes wird der Antagonismus soweit radikalisiert, dass mit ihm politische Freund-Feind-Differenzierungen legitimiert werden können, die dann, je nach Perspektive des Kulturalisierungsregimes, zu Abwertungen wie der Antizipation von Feinden der offenen Gesellschaft oder dem Dekadenzvorwurf gegenüber dem Westen führen. Diese Frontbildung ist der erste Schritt zu einem heißen globalen Kampf der Kulturen, der quer zu den Huntingtonschen Kulturen miten in den Gesellschaften ausgefochten wird.

Beide Strategien entwerfen Szenarios, die auch als Blaupause für die Reaktion auf den Populismus dienen. Sie machen auf jeden Fall deutlich, dass die Annahme, populistische Einstellungen auf die Zustimmungen zu Parteien reduzieren zu können und man folglich nur warten müsse, bis diese Zustimmungen sich wieder ändern, falsch ist. Es muss akzeptiert werden, dass der dem Populismus zugrundeliegende Kampf um Kultur allenfalls durch Vermittlung *zivilisiert*, jedoch nicht gelöst werden kann.

Herausforderungen für die Politische Kulturforschung

Nachdem die Analyse der Ursachen des Populismus zwei differente Kulturverständnisse aufgedeckt hat, soll zum Schluss auf die Folgen für die politikwissenschaftliche Reflexion eingegangen werden. Die Inthronisierung der Kultur als Konfliktfeld moderner Gesellschaften zwingt die politikwissenschaftliche Analyse auf das Feld der politischen Kulturforschung. Als spezifische Disziplin klärt sie die Bedingungen für die Kategorisierung auf und gibt Aufschluss über die Unterschiede zwischen den Unterscheidern. Doch in Abgrenzung zur kultursoziologischen Perspektive von Reckwitz verknüpft die politische Kulturforschung diese Frage mit der Normativität der Differenzierungen. Es ist demzufolge notwendig, dass sie eine Distanz zur Kategorie der Kultur behält, also bei der Kulturalisierung des Politischen das Politische mit einem Eigenwert versieht (Knobloch 2016). Im Mittelpunkt steht der ambivalente Begriff der Kultur mit seinen spannungsreichen *zwei Dimensionen*: dem Gegensatz von theoretischen und nicht theoretischen Begriffen sowie der Differenz von Ordnungsbegriffen und normativen Leitideen. Entsprechend dieser Dimensionen muss die politische Kulturforschung darlegen, ob und wie sich, erstens, im neuen Kulturkampf theoretische oder nichttheoretische Kulturverständnisse gegenüberstehen und inwieweit, zweitens, Kulturen hier als normative Leitideen oder fundamentale Ordnungsbegriffe aufeinanderprallen. Die Aufgabe der politischen Kulturforschung liegt somit in der Verknüpfung der Analyse des Kampfes der Kulturen mit einer systematischen Aufklärung der Spannungen des Kulturbegriffs, um einen sinnvollen Kulturbegriff zur norma-

tiven Evaluation des Konflikts zu erarbeiten. Zum Abschluss möchte ich vier Überlegungen skizzieren, welche die mögliche Richtung der weiteren Reflexion umreißen.

- Die weitere Aufklärung der Kulturen des Kulturkampfes muss präzise die Differenzen beider Ansätze systematisieren. Es fällt auf, dass die Kultur der Hyperkultur kein Ordnungsbegriff ist, ganz im Unterschied zum essenziellen Kulturbegriff, der die identitäre Identität mit Normativität versorgt. Infolge der Systematisierung der Differenzen kann anschließend ein gemeinsamer Nenner der Ordnungsbegriffe gefunden werden. Vermutlich kommt man so zu einem Individualismus, der in dieser Form auch philosophisch kritisiert werden kann. Womöglich lässt sich zwischen dem Kollektivismus der essenziellen Kultur und dem deskriptiven Individualismus der Hyperkultur, die den Einzelnen ohne überindividuelle Verweise manifestiert, eine vermittelnde Ebene eines *normativen Individualismus* definieren (Hastedt 1998), um ein gegenseitiges Verständnis beider Seiten zu ermöglichen.
- Auf der Ebene der Auseinandersetzungen zwischen den Kulturalisierungsregimes und damit den verschiedenen Identitätskonstruktionen ist aus kritischer Distanz zu prüfen, ob es eine sinnvolle Unterstützung der vermittelnden Strategie gibt. Dazu müssten die Gemeinsamkeiten beider Seiten systematisiert werden. Reckwitz selbst sieht die Einheit der Differenz in dem Bemühen beider Seiten begründet, durch die Kulturalisierung sich dem Diktat der Rationalisierung und damit der Profanierung des Sozialen entgegenzustemmen. Indem beide Ansätze die Kultur einspannen, um Dingen jenseits der formalisierten Sachlogik einen Wert zuzuweisen, werten sie das Gesellschaftliche wieder auf. Nach Reckwitz präsentieren beide Strömungen einen Reflex auf die Rationalisierungstendenzen der organisierten Moderne. Wenn diese Gemeinsamkeit stärker in den Blick genommen würde, könnte sich unter Umständen die Ursache für die Kulturalisierung im Kampf der Kulturen politisieren lassen, was zu einer Zivilisierung des Kampfes beitragen würde.
- Ausgehend von der Einheit der Differenz rückt die Politische Kulturforschung in den Mittelpunkt aktueller Gesellschaftsreflexionen. Ihr Forschungsgegenstand, als spezifische Perspektive auf die Politik der Gesellschaft, ist kein Randthema mehr, sondern der aktuell wichtigste Cleavage innerhalb und zwischen den Gesellschaften. Wenn es der Politischen Kulturforschung nun gelingt, ihre Erkenntnisse zur Kultur und der Kulturalisierung erfolgreich nach außen zu kommunizieren, kann sie dazu beitragen, die Ratlosigkeit einer zutiefst auf Rationalisierung und Formalisierung setzenden Politikwissenschaft in einer Krise des Rationalisierungsregimes der Moderne zu beenden.
- Die Politische Kulturforschung darf aber nicht vergessen, dass sie eine spezifisch politikwissenschaftliche Perspektive auf das Problem des Kulturkampfes

hat. Dies differenziert sie auch von den kulturwissenschaftlichen (und kultursoziologischen) Ansätzen. Dementsprechend hat sie die normativen Verweisungen systematisch zu behandeln. Das kann sie aber nur, wenn sie auf die politische Konstruktion der Kultur hinweist. Die Frage, welches Kulturalisierungsregime gilt oder nicht, mündet in die Frage der Legitimität der Kultur. Doch kann Kultur legitim sein bzw. kann Kultur einen Anspruch auf Wahrheit besitzen? Natürlich: »Über Kultur zu reden heißt [...], nach Identität, Sinn und prägender Ordnung einer Gemeinschaft von Menschen zu fragen« (di Fabio 2005: 20). Folglich ist die Kultur immer auch eine politische Konstruktion.

Literatur

- Aslanidis, Paris 2016: Is Populism an Ideology? A Refutation and a New Perspective. In: *Political Studies*, Heft 1, S. 88-104.
- Baumel, Laurent 2015: Populismus als Hilferuf. In: Ernst Hillebrand (Hg.), *Rechtspopulismus in Europa, Gefahr für die Demokratie?*, Bonn, S. 115-120.
- Benoist, Alain de 2008: *Wir und die anderen*, Berlin.
- Berezin, Mabel 2009: *Illiberal Politics in Neoliberal Times. Culture, Security and Populism in the New Europe*, Cambridge.
- Brahm, Gabriel Noah 2017: Killing the Messenger: Mark Lilla's »End of Identity Liberalism« and its Critics. In: *Society*, Heft 4, S. 326-330.
- Bugaric, Bojan 2008: Populism, Liberal Democracy, and the Rule of Law in Central and Eastern Europe. In: *Communist and Post-Communist Studies*, Heft 2, S. 191-203.
- Calhoun, Craig 1995: *Critical Social Theory. Culture, History, and the Challenge of Difference*, Cambridge Mass.
- Decker, Frank/Lewandowsky, Marc 2017: Rechtspopulismus in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. In: *Zeitschrift für Politik*, Heft 1, S. 21-38.
- Di Fabio, Udo, 2005: *Die Kultur der Freiheit*, München.
- Fraser, Nancy 2003: Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung. In: Nancy Fraser/Axel Honneth: *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*, Frankfurt a.M., S. 13-128.
- Fraser, Nancy/Honneth, Axel 2003: *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*, Frankfurt a.M.
- Göhler, Gerhard/Iser, Matthias/Kerner, Isa 2009: Entwicklungslinien der Politischen Theorie in Deutschland seit 1945. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Heft 3, S. 372-407.

- Hastedt, Heiner, 1998: Der Wert des Einzelnen. Eine Verteidigung des Individualismus, Frankfurt a.M.
- Hentges Gudrun/Kökgiran, Gürcan/Nottbohm, Kristina 2014: Die identitäre Bewegung Deutschland (IBD) – Bewegung oder virtuelles Phänomen. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegung – Plus*, S. 1-26, (URL: <http://forschungsjournal.de/fjsb-plus>, abgerufen am 8.12.2017).
- Hirschauer, Stefan 2014: Un/doing Differences. Die Kontingenz sozialer Zugehörigkeiten. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Heft 3, S. 170-191.
- Hirschman, Albert O. 2013: Social Conflicts as Pillars of Democratic Market Society. In: Ders., *The Essential Hirschman*, Princeton, S. 345-362.
- Hoffitt, Benjamin 2016: *The Global Rise of Populism. Performance, Political Style, and Representation*, Stanford.
- Honneth, Axel 2003: Umverteilung als Anerkennung. Eine Erwiderung auf Nancy Fraser. In: Nancy Fraser/Axel Honneth: *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*, Frankfurt a.M., S. 129-224.
- Huntington, Samuel P. 1996: *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München.
- Inglehart, Ronald F./Norris, Pippa 2016: Trump, Brexit, and the Rise of Populism, RWP16-026, HKS Faculty Research Working Papers, S. 1-52, <https://research.hks.harvard.edu/publications/workingpapers/Index.aspx> (abgerufen am 29.11.2017).
- Jesse, Eckhard/Panreck, Isabelle-Christine 2017: Populismus und Extremismus. Terminologische Abgrenzung – das Beispiel AfD. In: *Zeitschrift für Politik*, Heft 1, S. 59-76.
- Jörke, Dirk 2016: Moralismus ist zu wenig. Kommentar zu Jan-Werner Müllers Essay »Was ist Populismus?«. In: *Zeitschrift für Politische Theorie*, Heft 2, S. 203-208.
- Jörke, Dirk/Selk, Veith 2017: *Theorien des Populismus zur Einführung*, Hamburg.
- Knobloch, Jörn 2016: Die politische Konstruktion der Kultur – Das Politische zwischen Offenheit, Erfahrung und Konstruktion. In: Wilhelm Hoffmann (Hg.), *Die andere Seite der Politik, Theorien der kulturellen Konstruktion des Politischen*, Wiesbaden, S. 113-136.
- Knöbl, Wolfgang 2016: Über alte und neue Gespenster. Historisch-systematische Anmerkungen zum Populismus. In: *Mittelweg* 36, Heft 6, S. 8-35.
- Lilla, Mark, 2016: »The End of Identity Liberalism«, in: *New York Times*, 18.11.2016, https://www.nytimes.com/2016/11/20/opinion/sunday/the-end-of-identity-liberalism.html?_r=0 (abgerufen am 29.11.2017).
- Lilla, Mark 2017: *The Once and Future Liberal: After Identity Politics*, New York.
- Maaß, Sebastian 2014: *Die Geschichte der Neuen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland*, Kiel.
- Müller, Jan-Werner 2016: *Was ist Populismus. Ein Essay*, Berlin.

- Mudde, Cas 2007: *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge und New York.
- Priester, Karin 2007: *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*, Frankfurt a.M. und New York.
- Priester, Karin 2012: *Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon*, Frankfurt a.M. und New York.
- Priester, Karin 2012a: *Populismus und Faschismus in Europa – Wahlverwandtschaft oder Mesalliance?*. In: *Totalitarismus und Demokratie*, Heft 9, S. 213-234.
- Priester, Karin 2016: *Populismus und kein Ende. Müller belebt die Debatte, aber bereichert er sie auch? Kommentar zu Jan-Werner Müllers Essay »Was ist Populismus?«*. In: *Zeitschrift für Politische Theorie*, Heft 2, S. 209-219.
- Reckwitz, Andreas 2016: *Zwischen Hyperkultur und Kulturessenzialismus*. In: *soziopolis*, www.sozio.polis.de/beobachten/kultur/artikel/zwischen-hyperkultur-und-kulturessenzialismus/ (abgerufen am 13.12.2017), S. 1-10.
- Reckwitz, Andreas 2016a: *Alles so schön hyper. Alle Welt streitet nach den US-Wahlen plötzlich über Diversität und Identität. Freundliche Ignoranz hilft da nicht weiter*. In: *Die Zeit*, Heft Nr. 51.
- Robinson, Neil/Milne, Sarah 2017: *Populism and Political Development in Hybrid Regimes: Russia and the Development of Official Populism*. In: *International Political Science Review*, Heft 4, S. 412-425.
- Rorty, Richard 1999: *Stolz auf unser Land. Die amerikanische Linke und der Patriotismus*, Frankfurt a.M.
- Sauer, Birgit 2017: *Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotential der Kategorie Geschlecht*. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Heft 1, S. 1-20.
- Schwelling, Birgit 2004: *Der kulturelle Blick auf politische Phänomene. Theorien, Methoden, Problemstellungen*. In: Dies. (Hg.), *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien – Methoden – Forschungsperspektiven*, Wiesbaden, S. 11-29.
- Senghaas, Dieter 1995: *Die Wirklichkeit der Kulturkämpfe*. In: *Leviathan*, Heft 2, S. 197-212.
- Straßenberger, Grit 2016: *Linkspopulismus als Gegengift? Zur Kritik der radikal-pluralistischen Demokratietheorie*. In: *Mittelweg* 36, Heft 6, S. 36-55.
- Voegelin, Eric, 2004: In: Peter J. von Opitz (Hg.), *Die Neue Wissenschaft der Politik, Eine Einführung*, München.
- Wagner, Bernd 2008: *Neuer Rechtsextremismus und »kulturelle Subversion«*. In: *Forschungsjournal NSB*, Heft 4, S. 6-16.
- Wodak, Ruth 2015: *The Politics of Fear. What Right-Wing Populist Discourses Mean*, London u.a.